

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Riesa,
Ferien Nr. 52,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1530.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 107.

Sonnabend, 9. Mai 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; getrauert und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogener Schecks oder durch Auftraggeber in Kontants gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterdrückungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der große Tag der Pariser Kammer.

Entschließung gegen den Plan der deutsch-österreichischen Zollunion. Eine bedeutsame Kampfrede Briands.

* Paris. In der Kammer kündigte sich am Freitag schon in den frühen Morgenstunden ein „großer Tag“ an. Wo Abgeordnete oder Pressevertreter zusammenkamen, konnte man immer wieder die Namen Briand und Franklin Bouillon erlauschen, deren Redebeiträge man mit größter Spannung entgegensehete. Wie bekannt wurde, haben die Linkenrepublikaner (Tardieu-Gruppe) beschlossen, durch Forderung eines Vertrauensantrags einbringen zu lassen, der die Zustimmung der Gruppe zur Durchführung internationaler Wirtschaftsabkommen auf der Grundlage von Zollabkommen und Handelsverträgen ausdrückt. Fougère sei beauftragt worden, auch mit den anderen Mehrheitsgruppen in Verbindung zu treten. Das Ergebnis dieser Besprechungen sei günstig gewesen, da nur die äußerste Rechte gewisse Vorbehalte gemacht habe. In den Morgenstunden hielten auch die Radikalsozialisten eine Sitzung ab, um sich über die einzuschlagende Taktik zu einigen.

In der Sitzung der Kammer erklärte man sich, dass Briand anlässlich der Abreise, die Aufstellung seiner Kandidatur für die Wiederwahl zum Präsidentenamt abzulehnen. Er wüßte nur eine Vertrauensfrage an der Nationalversammlung, um dann als Vertrauensmann der Nation an den Dual v'Oran und nach Genf zurückzuführen. Andere verbreiten das Gerücht, Briand werde im Falle eines festen Kammerbeschlusses noch vor der Präsidentenwahl sein Amt als Außenminister niederlegen, um auf diesem Wege eine Auflösung und Neubildung des Kabinetts unter Beibehaltung seiner Gegner zu erzwingen. Schließlich soll die Absicht bestehen, Briand nach der Abstimmung aufzufordern, sich endgültig über seine Kandidatur für die Präsidentschaftskandidatur zu äußern.

Die Sitzung begann um 15 Uhr. Zunächst sprachen die beiden Abgeordneten Scapini und Thebaud. Sie waren sich darin einig, dass es nie wieder zum Krieg kommen dürfe. Scapini betonte, die Politik Briands in Bezug auf die moralische Abrüstung sei gescheitert. Aus diesen Gründen sehe man großen Gefahren entgegen, die Frankreich durch eine aktive und energiegelbe Politik zu befechten trachten müsse. Danach sprach sich Thebaud gegen jede Gewaltpolitik aus. In diesem Sinne verließ er die Sitzung. Nur die auf die europäische Union gerichteten Bemühungen des Außenministers könnten den Krieg verhindern. Nachdem dann noch Cahin die kommunistische Interpellation beantwortet hatte, begann Franklin Bouillon mit seiner Rede.

Der Abgeordnete Franklin-Bouillon erklärte, der französische Außenminister habe sich in den letzten fünf Jahren ständig in seinen Voraussetzungen geirrt und habe den Frieden ernstlich kompromittiert. Die französische Presse, die für die Politik Briands gewonnen sei, habe die wahre Lage verheimlicht. Man müsse den Erklärungen Briands in Genf und in der Kammer, dass der Anschluss nicht konstant gehen werde, die kategorische Erklärung der deutschen Minister und des österreichischen Bundeskanzlers entgegenhalten, die die Notwendigkeit der deutsch-österreichischen Zollunion betonten. Der deutsche Gesandte in Prag habe erklärt, Deutschland halte energisch den Plan der Zollunion aufrecht, der die beste Lösung der Wirtschaftsschwierigkeiten Europas darstelle, und der neue deutsche Gesandte in Wien habe erklärt, man müsse sich über das hinwegsetzen, was die französische Presse sage. Wenn Briand behauptet, Frankreich sei nicht isoliert, so sei dazu zu bemerken, dass die englische Regierung doch für den Anschluss sei, und dass Briand von ihr nur erlaset habe, dass sie sich Frankreich anschleße, um erklären zu lassen, dass das deutsch-österreichische Zollabkommen illegal sei. Was solle aber geschehen, wenn nach einer solchen Erklärung des Völkerbundes Deutschland und Österreich sich einfach darüber hinwegsetzen würden?

Hier kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Franklin-Bouillon und dem sozialistischen Abgeordneten Sarran. Franklin-Bouillon verlas dann eine Erklärung Mussolinis, aus der sich ergebe, dass Italien sich zur Franzosen des Verlaufs der Politik der Alliierten und der Schlichterheit der Alliierten, entgegen den Erklärungen Briands in einem Interview, in dem es hieß, dass der Young-Plan von Deutschland nicht offiziell in Frage gestellt werde, müsse man die Erklärungen Dr. Curtius erwähnen, der behauptet, Deutschland könne die Reparationslast nicht mehr ertragen, und die Franzosen müssten abströmen. Auch der deutsche Finanzminister habe in Hamburg erklärt, dass die Revision des Young-Planes aufgeworfen werde. Schließlich verlangten auch die Vertreter der deutschen Industrie von der Reichsregierung, sie möge Verhandlungen über die Revision des Young-Planes einleiten. Dr. Luther fordere zur Bildung des Reparationsproblems einen Teil von Frankreichs Goldbeständen. Die Locarnoabkommen, die eine Garantie für die französische Grenze bilden sollten, hätten das deutsch-französische Bündnis nicht verhindert. In Magdeburg hätten die Sozialdemokraten erklärt, sie könnten die Grenzen gegen Polen nicht hinnehmen. Die Sozialdemokraten ärgerten in dieser Frage also mit den Hitler-Leuten und mit den extremen Parteien

zusammen. Briand habe, so schloß Franklin-Bouillon, auf eine deutsch-französische Annäherung gehofft, auf ein einheitliches demokratisches Deutschland. Seit zwei Monaten habe es nicht mehr ein demokratisches Deutschland, sondern nur noch eine Diktatur, nämlich die Diktatur der Reichswehr. Habe Briand das gewollt? — Briand lebe vom Prestige des Sieges der französischen Soldaten; aber er habe dem nichts hinzugefügt. Frankreich werde niemals die Proklamierung des Anschlusses erlauben.

Briand spricht.

Nach der Pause erklärte Außenminister Briand, dass er nach dem Kriege mit den führenden Männern Europas eine Politik der Pazifizierung unternommen, und dabei einen starken Willen habe beweisen müssen, um die Widerstände zu überwinden. Jetzt müsse er neue Widerstände überwinden, um diese Politik zur Geltung zu bringen. Er erklärte ferner, dass er nichts von seinen Handlungen bedauere und dass er die Verantwortung für die so oft vom Parlament gebilligte Politik für sich in Anspruch nehme, die auch vom Lande gebilligt werde. Er gehöre nicht zu denen, die leichtfertig einen Friedensvertrag trüffeln hätten der zwischen vielen nehmenden Nationen schwer auszuarbeiten gewesen sei. Jetzt sei es viel schwieriger, einen Krieg zu unternehmen, als früher. Das sei von Bedeutung, und das habe auch das Volk in voller Tiefe verstanden. Kein Volk in der Welt unterlasse Frankreich noch Hintergedanken. Frankreich sei in der Welt der Soldat des Friedens.

Es sei richtig, dass die Anschlussfrage, wie sie nach Beendigung des Krieges gestellt wurde, ihre Schärfe verloren habe. Der Anschlussfrage, dem man sich jetzt gegenüber befinde, habe einen wirtschaftlichen Charakter. Gegenwärtig sei aber die wirtschaftliche Seite viel beforgnisregender als die politische. Wenn man sich jetzt einer Lage gegenüberbefinde, die man französischerseits einmütig bewilligere, dann deshalb, weil der Außenminister vielleicht gewisse Vorkenntnisse, die sich in einer schwierigen Lage befinden, nicht genug bieten könne.

Briand erklärte, er rechne es sich zum Ruhm an, die Initiativen zur Europäischen Union ergriffen zu haben, die jetzt einen Rahmen biete, in dem man die europäischen Schwierigkeiten zur Sprache bringen und den Krieg ausschalten könne. Briand stellte die Methoden von Genf und die nicht wieder gutzumachende Katastrophe eines Krieges in Gegensatz und fährt fort: „Anfangs eines so ernstes Ereignisses, wie der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion habe ich begreiflicherweise der gesamten Welt eine Erregung bemächtigt. Frankreich habe dieses Ereignis mit einem Gefühl der Bitterkeit verzeichnet. Deutschland habe einen schweren Fehler begangen.“

Man stelle sich, Briand, als einen schreckten Prometheus, als international eingestellten Postkater und als Staatsmann hin, der sich bestechen lasse, um seinem Lande zu schaden! Gewisse Leute sehen sich für die Wiederbekehrung von König ein; aber kein Redner auf der Tribüne der französischen Kammer habe eine derartige Lösung vorgeschlagen. Das französische Außenministerium sei durch die deutsch-österreichischen Zollangelegenheiten nicht überfordert worden. Allerdings sei die Operation sehr rasch vor sich gegangen. Am 20. März habe er bereits Telegramme abgelesen, in denen er darauf hienies, dass das Unternehmen Deutschlands und Österreichs den Friedensverträgen zu widerlaufen sei. Gleich am ersten Tag habe Briand seinen Vertretern in Wien angewiesen zu protestieren. Die Frage müsse genau geprüft werden. Deutschland und Österreich behaupteten, nicht gegen die Verträge zu verstoßen. Derartige Fragen würden und müssen vom Völkerbund geprüft werden. Die Unabhängigkeit Österreichs sei unerschütterlich. In dieser Hinsicht fürchte er nichts. In kurzer Zeit aber werde man der Kammer einen sehr genau bestimmten Plan zur Organisation des ungedehnten europäischen Marktes vorlegen. Europa sei das Opfer eines fürchterlichen Wirrwurrs. Es werde Frankreich zur Ehre gereichen, die Nationen aufgefordert zu haben, sich um einen Tisch zu setzen, um dieses Problem zu lösen.

In Genf werde man nachprüfen können, wie weit Deutschland im guten Glauben gehandelt habe. Deutschland und Österreich erklärten: Wir haben das Recht, einen solchen Plan vorzubereiten. Wir, wir sagen, Nein!

„Ich wende mich“, so rief Briand aus, „an Österreich: hätte Österreich, als es das Anleiheabkommen von 1922 abschloß, gewagt zu behaupten, daß es dabei Hintergedanken gehabt hätte, ein Zollabkommen mit Deutschland abzuschließen?“

Nein! Das sei der beste Beweis dafür, daß Österreich nicht das Recht hierzu habe. Schon 1921 habe Frankreich, die Schwierigkeiten Österreichs voransiehend, Schritte unternommen, damit Österreich leben könne. Frankreich habe sich vollständig von dieser Sorge leiten lassen. Was man in der Vergangenheit nicht habe regeln können, werde man in der Zukunft verwickeln. Eine große Bemühung zur europäischen Solidarität werde unternommen werden.

Er hoffe, daß der Nachfolger Stresemanns begreifen werde, daß die Zeit der Zwangspolitik vorbei sei. Frankreich müsse Geduld zeigen und keine Vorichtsmaßnahmen treffen, um einen Krieg mit einem 70-Millionen-Rachbarn zu vermeiden, denn der Krieg wäre eine nicht wieder gutzumachende Katastrophe. Aber das französische Volk halte seine Augen offen. Es könne unter den Franzosen keine Meinungsverschiedenheiten über die Fragen betreffend die Landesverteidigung geben. Frankreich reihe nicht allein. Nicht nur die kleine Entente, sondern auch noch andere Völker ständen ihm zur Seite. Frankreich habe sich mit dem Frieden gleichgestellt. Es sei bereit, mit allen Nationen zusammenzuarbeiten. Durch eine solche Politik verkleinere sich Frankreich nicht.

Als Briand geendet hatte, wurde ihm von seinen sämtlichen Abgeordneten der Linken des Hauses und zahlreichen Abgeordneten der Mitte eine lange Ovation dargebracht. Alle Minister schüttelten ihm die Hand. Darauf unterbrach die Kammer ihre Sitzung.

Vertrauen für Briand

Die Vertreter der Hauptparteien der Regierungsmehrheit, darunter auch der Vorsitzende des Zollauschusses, Fougère, einer der Hauptinterpellanten, haben sich auf folgende Tagesordnung geeinigt, die im Laufe der Nachmittags zur Debatte steht:

Die Kammer betone ihre Zustimmung zu einer Politik internationaler Verständigung und einer weitgehenden lokalen Zusammenarbeit der Völker Europas. Sie verurteile in dem Widerspruch zu dieser Politik und zu den Verträgen stehen würde. Die Kammer billigt daher die Erklärungen der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus und geht zur Tagesordnung über, und die Regierung hat diese Tagesordnung angenommen.

Paris. Nachdem der sozialistische Abgeordnete Léon Duan verlangt hatte, daß die in der gemeldeten Tagesordnung Fougère noch angenommene Passage ... die Kammer lehnte jeden weiteren Zusatz ab ... geübrigen werden sollte, stellte Ministerpräsident Raval als Abschluß der Debatte für das Verbleiben der eben angeführten Passage die Vertrauensfrage.

Die Kammer lehnte daraufhin die von den Sozialisten geforderte Streichung mit 470 gegen 115 (sozial.) Stimmen ab. Darauf wurde der Rest der Tagesordnung Fougères mit 470 von 470 abgegebenen Stimmen angenommen.

Die französische Kammer mit 470 Stimmen gegen das deutsch-österreichische Zollabkommen.

* Paris. In der französischen Kammer wurde in den späten Nachmittagsstunden über die Tagesordnung abgestimmt, die die Aussprache über das deutsch-österreichische Zollabkommen abschließt. Aus einer Reihe eingebrachter Entschlüsse schloß sich schließlich diejenige des Abgeordneten und Präsidenten des Zollauschusses der Kammer, Fougère, heraus, über die sich jedoch noch eine energische Aussprache entwickelte, da die Linken der Regierung das Vertrauen nicht ansprechen wollten.

Die Tagesordnung hat folgenden Wortlaut: „Die Kammer verleiht ihre Zustimmung zu einer internationalen Verständigungspolitik und einer weitgehenden und christlichen Zusammenarbeit der europäischen Völker. Sie verurteilt in aller Form den Plan des deutsch-österreichischen Zollabkommens, der sich im Widerspruch zu dieser Politik und zu den Verträgen befinden würde. Sie stimmt den Erklärungen der Regierung zu und hat Vertrauen in sie, verleiht ihr jeden Zusatz und geht zur Tagesordnung über.“

Nach längerer Aussprache wurde schließlich in vier Teilen abgestimmt, wobei der erste Teil bis „Völker“ einstimmig angenommen wurde; der zweite Teil bis „zu den Verträgen“ wurde mit 470 Stimmen angenommen. Der dritte Teil bis „stimmt den Erklärungen der Regierung zu“ wurde mit 470 gegen 52 Stimmen der Linken angenommen. Dem ganzen Text wurde schließlich durch Handaufheben zugestimmt.